

NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung des Revisionsausschuss
am 25.04.2007**

Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz : Stv. Torsten Tollebeek (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der

Drucksachenlisten (DL)
Nrn. 04/07

(Drucksachenband 116)

Drucksachenlisten (DL)
Nrn. 09/07, 10/07, 11/07, 12/07

(Drucksachenband 117)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 25.04.2007

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
-------------	--------------	--

Tagesordnung siehe Anlage 3

Veröffentlichung siehe Anlage 4

Presseberichterstattung siehe Anlage 5

Tagesordnung

0036 Tagesordnung

1. Die Vorlage 07-V-67-0002 wird gegen die Neufassung 07-V-67-0011 ausgetauscht.
2. Punkt 24 – Versicherungen – wird von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abgesetzt. Siehe dazu Beschlussfassung unter der Vorlage Nr.07-V-30-0002.
3. Punkt 9 wird nach Punkt 4 der heutigen Tagesordnung behandelt.
4. Der Teilbereich von Punkt 2 – Schule für Praktisch Bildbare – wird in nicht öffentlicher Sitzung behandelt.
5. Einwände werden gegen die Tagesordnung nicht erhoben.

einstimmig

0037 07-V-30-0002 Versicherungswesen

1. Der Punkt wird von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abgesetzt.
2. Der Revisionsausschuss geht davon aus, dass
 - die Vorgaben aus den bisherigen Beschlüssen, insbesondere des Beschlusses Nr. 0093 vom 01.11.2006, Grundlage für das weitere Vorgehen sind und
 - vor der Vergabe von Aufträgen bzw. Festlegung von Verfahrenswegen usw. eine Stellungnahme zum Gesamtkonzept und eine Aufschlüsselung zum Vorgehen in den einzelnen Versicherungsbereichen vorgelegt wird.
3. Der Punkt kommt in der Sitzung des Ausschusses am 13.06.2007 wieder zum Aufruf.

einstimmig

0038 07-A-19-0003

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 25.04.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Genehmigung von Niederschriften

einstimmig

0039 06-A-19-0008
Prüfung der Jahresrechnung - Prüfgruppentätigkeit

Der von Dezernat VII vorgelegte Bericht wird zur Kenntnis genommen.

einstimmig

0040 07-V-52-0010
Investitionszuschüsse für vereinseigene Sportanlagen in 2007; Erweiterung der Tribüne für das Sportgelände Europaviertel

einstimmig

0041 07-V-20-0015
Quartalsbericht 04/2006 Projekt inteR, Jahresarbeitsprogramm 2007 Projekt inteR

einstimmig

0042 07-V-20-0025
Verlagerung des Datenknotens Friedrichstraße 27 in das Rathaus -
Verlagerung des Verkehrsrechners in das Dienstgebäude Gustav-Stresemann-Ring 15

einstimmig

0043 06-V-66-0201
Umsetzung des Rundkurses für Inliner

gegen SPD und BLW

0044 07-V-66-0210
Radweg Kastel-Biebrich, Neubau im Bereich An der Helling in Kastel

einstimmig

0045 07-V-66-0214
Ausbau Kirschblütenstraße, Wiesbaden-Frauenstein (K646)

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 25.04.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

gegen BLW

0046 07-V-66-0302
Mittelfreigabe für das Frostscha­denprogramm in Wiesbaden 2007 - 2008

einstimmig

0047 07-V-51-0013
Ausbauprogramm 421 neue Krippenplätze

einstimmig

0048 07-V-07-0001
Genehmigung von überplanmäßigen Personalausgaben

Enth. BLW

0049 07-V-67-0011
Neugestaltung Kinderspielplatz Büdingenstraße, Wiesbaden-Mitte

Der Ausschuss bittet den Magistrat, zukünftig der Magistratsvorlage möglichst Pläne beizufügen. Stadträtin Thies weist darauf hin, dass für die Zukunft neue Festlegungen geben wird.

einstimmig

0050 07-V-11-1006 + 06-F-01-0067
Annahme von Belohnungen und Geschenken

Der schriftliche Bericht des Magistrats wird zur Kenntnis genommen. Die Angelegenheit hat dadurch ihre Erledigung gefunden.

einstimmig

0052 07-A-19-0006
Steuerung von Schulsanierungsmaßnahmen

Vors. Tollebeek berichtet darüber, dass die Steuerung der Schulsanierungsmaßnahmen seit längerer Zeit unbefriedigend läuft.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 25.04.2007

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

Stv. Koch betont, dass es sehr gut ist, dass jetzt detaillierte Übersichten über den Stand einzelner Maßnahmen vorliegt. Die Exceltabellen seien aber nicht sehr übersichtlich. Er fragt nach den zeitlichen Abläufen bei der Sanierung der Adalbert-Stifter-Schule, nach dem Sanierungsstand der Werner-von-Siemens-Schule und dem Gymnasium am Mosbacher Berg.

Stadtrat von Scheidt berichtet über den Stand der verausgabten bzw. beauftragten Mittel. So wurde z.B. bei der Adalbert-Stifter-Schule diskutiert, ob die Pavillons saniert oder durch einen Neubau ersetzt werden sollten. Die Tendenz geht zum Neubau. Die Planungskosten sind im Moment für den Neubau des Grundschulbereiches vorgesehen, beim Hauptschultrakt geht man eher in Richtung Sanierung (zu einem späteren Zeitpunkt).

Beim Gymnasium am Mosbacher Berg wurde bereits 1990 die Grundsanierung beschlossen. In verschiedenen Bauabschnitten wurden die Teilbereiche weitgehend umgesetzt (zunächst Klassen- und Fachräume – Außenanlage usw. wurden vernachlässigt). Die jetzt zur Verfügung stehenden höheren Landesmittel werden jetzt für z.B. die Außenanlage verplant.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass bei privaten Bauherren (für den Eigenbedarf) sicher anders geplant und gebaut wird. Da werden klare zeitliche Ziele gesetzt. Er vermisst z.B. eine beschleunigte Umsetzung bei der Sanierung von Schultoiletten. Geld müsste für solche Maßnahmen vorhanden sein.

Stadtrat von Scheidt berichtet, dass Ende 2007 ein Bericht zum Beschleunigungsprogramm vorgelegt wird. Er weist aber auch darauf hin, dass bei Schulsanierungsmaßnahmen sehr viele verschiedene Ämter beteiligt sind, wenn z.B. eine Küche in eine Schule eingebaut werden soll. Dies verzögert die Abwicklung.

Kleine Maßnahmen, für die keine besondere Planung notwendig ist, werden dazwischen geschoben.

Stv. Koch möchte über die Planung im Vorfeld unterrichtet werden. Wie läuft das konkret ab? Wird z.B. die Feuerwehr vorab eingeschaltet?

Stadtrat von Scheidt bestätigt dies, weist aber darauf hin, dass man z.B. bei der Kleistschule im Ergebnis nicht mehr mit dem Geld auskam.

Stv. Dr. Goßmann bekräftigt, dass bereits im Vorfeld für die Planung einer Maßnahme ausreichend Geld zur Verfügung gestellt werden muss.

Vors. Tollebeek nimmt dies zum Anlass, nach der neu eingeführten standardisierten Sitzungsvorlage zu fragen, die in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen unter Federführung des Revisionsausschusses geplant und durch die Stadtverordnetenversammlung eingeführt wurde. Er hätte noch keine dieser neuen Vorlagen gesehen.

Stadträtin Thies bestätigt die neue Vorlagenart und geht davon aus, dass in nächster Zeit Vorlagen nach dem neuen Verfahren in die Gremien gehen werden. Man arbeitet in den Dezernaten nach ihrer Aussage natürlich nach der Beschlusslage.

Stadtrat von Scheidt weist darauf hin, dass mittlerweile eine Clearingrunde bestehend aus Vertretern von Dezernat I/40, der Amtsleitung und dem Hochbauamt eingerichtet wurde, um die Kommunikation zu verbessern und zu intensivieren. Einmal im Moment gibt es z.B. einen Jour-Fix-Termin.

Stadträtin Thies weist auf die kleine Clearingrunde hin (20, 40, 64), in der laufende Maßnahmen abgesprochen werden

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 25.04.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Durch die Teilnahme auch auf Dezernentenebene könne man kaum mehr an Transparenz herbeiführen.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und stellt fest, dass

- die Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung, Schulsanierungsmaßnahmen/Neubauten in Projektform mittels der neu erstellten standardisierten Sitzungsvorlage zur Entscheidung vorzulegen, umgesetzt ist,
- alle Maßnahmen über 500.00 € nach dem neu eingeführten Verfahren abgewickelt werden,
- eine Clearingrunde der Dezernate I/40 und VIII zur besseren Steuerung von Schulsanierungsmaßnahmen eingerichtet wurde,
- die Zusammenarbeit in dieser Clearingrunde ständig verbessert wird,
- der Magistrat ein Beschleunigungsprogramm zur Sicherstellung eines besseren, beschleunigten Mittelabflusses für den Bereich der Schulsanierungsmaßnahmen aufgelegt hat und hierzu zum Ende 2007 eine Sitzungsvorlage (Erfahrungsbericht) eingebracht wird.

Der Ausschuss wird sich am Jahresende mit der vorg. Sitzungsvorlage beschäftigen.

einstimmig

0053 07-V-20-0007

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2006 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Zu der vorstehenden Vorlage gab es im letzten Sitzungszug Nachfragen, die jetzt zur Klärung anstehen.

Stadtrat Bendel berichtet zu den üpl-Kosten für den sicherheitstechnischen Dienst, dass zunächst angedacht war, die Sekretariate des sicherheitstechnischen Dienstes und der Frauenbeauftragten zusammenzulegen. Dies ließ sich jedoch nicht realisieren, weil die Arbeitsanfälle bei 11 F so umfangreich waren, dass eine Sekretariatskraft zum 3. Frauenbeauftragten ernannt werden musste.

Zu dem Kinderstadtplan, für den auch üpl-Mittel genehmigt wurde, stellt das Tiefbauamt den schriftlich vorliegenden Bericht noch einmal kurz vor. Die Fragen konnten geklärt werden. Die Angelegenheit ist erledigt.

einstimmig

0054 06-V-03-0006

Rahmenverträge des Hochbauamtes für die Bauunterhaltung

Bei diesem Punkt handelt es sich um einen Oberbegriff zu den nachfolgenden Punkten.

0055 07-V-80-6002

Vergabeverfahren bei der LHW;

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 25.04.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Beschluss des Revisionsausschusses Nr. 0002 vom 24.01.2007

Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 2 des Beschlusses Nr. 0002 des Revisionsausschusses vom 24.01.2007 zur Vorlage Nr. 06-V-03-0006 hat dadurch seine Erledigung gefunden.

einstimmig

0056 **07-V-80-6003**
Einführung eines Lieferantenbewertungssystems

Der schriftliche Bericht wird eingehend diskutiert.

Der Magistrat teilt grundsätzlich die Auffassung des Ausschusses, dass ein Lieferantenbewertungssystem notwendig ist, aber ein solches System existiert nach Aussagen von Herrn Fiala (Amt für Wirtschaft und Liegenschaften) bereits, wobei diesem System enge Grenzen gesetzt sind. Im Vergaberecht ist auch die Unternehmenseignung abschließend geregelt. Weitergehende Regelungen sind grundsätzlich unzulässig.

Im Moment ist die Klage eines Lieferanten anhängig, der sich geweigert hatte, überhaupt mit der Arbeit zu beginnen. Am 08.05.07 wird hierzu ein Gütetermin stattfinden, über den der Ausschuss informiert werden möchte.

einstimmig

0057 **07-A-19-0005**
Neugestaltung Ablauf Beschaffungswesen und Verdingungskommission

Auf eine erneute Darstellung des städtischen Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Die Fraktionen behalten sich vor, in eine der nächsten Sitzungen Anträge zu diesem Thema einzubringen.

einstimmig

0058 **07-V-40-0006**
Elly-Heuss-Schule - Abriss Grauer Bau / Ersatzbau - Grundsatzvorlage -

Stadtrat von Scheidt weist darauf hin, dass es sich um eine Grundsatzvorlage handelt, d.h., dass der Kostenrahmen usw. dargestellt werden. Im Moment werden durch die Vorlage nur Planungsmittel freigegeben.

Nach Aussagen von Herrn Schäfer handelt es sich neben den Planungskosten lediglich um die Darstellung möglicher Kosten. Es gäbe die Variante, den Bau abzureißen oder zu sanieren.

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 25.04.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vors. Tollebeek fragt nach, wie sich denn die Aussage im SEP, die Schule sei 5-zügig mit den jetzt in der Vorlage dargestellten 6 Eingangsklassen vertrage.

Stadtrat von Scheidt weist darauf hin, dass dies keine dauerhafte Einrichtung sein solle. Die Eltern hielten sich nicht unbedingt an den Schulentwicklungsplan, daher die jetzige Erhöhung der Eingangsklassen.

Der Ausschuss beschließt die Vorlage vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses für Schule und Kultur.

einstimmig

0059 **07-F-01-0039**
Finanzielle Unterstützung für das Freudenberger Schloß
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.04.2007 -

Stv. Dr. Goßmann begründet die Vorlage.

einstimmig

0060 **07-F-01-0041**
Leiharbeit bei den Entsorgungsbetrieben
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.04.2007 -

Stv. Schäfer begründet den Antrag.

einstimmig

0061 **07-F-01-0042**
Spielbank Wiesbaden
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.04.2007 -

Stv. Dr. Goßmann begründet den Antrag.

Stadtrat Bendel ist zur Beantwortung des Antrages anwesend, der den Antrag für grenzwertig hält. Eine Privatfirma hat keine Rechenschaftspflicht. Die Spielbank hat trotzdem Auskunft gegeben. Er weist darauf hin, dass es keinen Konzessionsvertrag sondern einen Spielbankvertrag gibt. Zu Spiegelstrich 1 berichtet er, dass der Pressebericht nicht zutreffend sei. Richtig sei vielmehr, dass Mitarbeitern nur dann ein Nachteil entstehe, wenn eine Straftat oder ein dringender Tatverdacht vorliege. Die aufgezeichneten Aufnahmen dürfen nur von der Polizei oder der Staatsanwaltschaft eingesehen werden. Dazu gibt es eine Betriebsvereinbarung. Die betriebliche Mitbestimmung ist eine innerbetriebliche Angelegenheit. Seit dem 20.03.2007 gibt es eine Betriebsvereinbarung (die Einigungsstelle hat mittlerweile entschieden). Aber die Verfahrensweise war auch schon vorher geregelt.

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 25.04.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Spielbankvertrag selbst enthält keine Regelung zu der Videoüberwachung. Die Spielbankerlaubnis hat eine Regelung, die aber nichts Konkretes über die Aufzeichnungsdauer aussagt.

Der Datenschutz ist ebenfalls keine von Seiten der LHW zu bestimmende Angelegenheit. Ein Bundesgesetz hat für alle Betriebe verbindliche Vorschriften festgeschrieben.

Es trifft zu, dass der Datenschutzbeauftragte dem Leiter der Spielbank unterstellt ist. Der Geschäftsführer selber kann nicht Datenschutzbeauftragter sein, der Leiter einer Abteilung aber sehr wohl.

Stadtrat Bendel zitiert die Daten der relevanten Beschlüsse und übergibt der Geschäftsstelle einen Ordner mit dem Spielbankvertrag und weiteren vertraulichen Unterlagen. Dieser Ordner ist absolut vertraulich zu behandeln.

Zum letzten Absatz des Antrages berichtet Stadtrat Bendel, dass es keine neue Konzession für das internet gäbe. Man müsse Geld auf eine Karte aufladen. Wenn der Betrag verspielt ist, kann erst 24 Stunden später wieder Geld aufgeladen werden. Die Konzession hierzu läuft bis 2010.

Der Antrag ist nach Aussage der antragstellenden Fraktion durch Aussprache und den Bericht von Stadtrat Bendel erledigt.

einstimmig

0062 **07-V-82-0003**
Kurhaus Wiesbaden;
Durchführung von umfangreichen Renovierungsarbeiten

Stadtrat Bendel berichtet, dass es keine Gesamtausschreibung gäbe (5-Mio-€-Grenze greift daher nicht), sondern es würden einzelne Gewerke ausgeschrieben.

Stv. Dr. Goßmann legt Wert darauf, dass die Maßnahme transparent gemacht wird.

Herr Schäfer weist darauf hin, dass die LHW 1 Mio € bezahlen soll. Nach Aussagen von Stv. Dr. Goßmann würden aber auch die restlichen 4 Mio € von der Stadt kommen.

Stadtrat Bendel wird die Haushaltsplanberatungen abwarten.

Nach Aussagen von Herrn Schäfer gäbe es verschiedene Varianten, um die Finanzierung zu sichern (z.B. Erhöhung der Zuschüsse).

Auf Nachfrage von Stv. Reiß berichtet Stadtrat Bendel, dass die Dachrinnenheizung ein sinnvolle Sache sei, da ansonsten das Wasser in die Gewerke eindringen könnte und durch die lose Zwischendecke größere Schäden anrichten könne.

einstimmig

0063 **06-V-69-0017**
Projekt Soziale Stadtteilerneuerung Inneres Westend; Ausbau des Dachgeschosses im

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 25.04.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Georg-Buch-Haus, Wellritzstraße 38

Auf Nachfrage bestätigt Herr Schäfer, dass die Mieteinnahmen zwar gering sei, aber als Alternative könne man das Gebäude lediglich leer stehen. Bisher habe es über Jahre nur Stückwerk gegeben, weil das Geld knapp war, so dass die geringe Miete zumindest besser sei als keinerlei Einnahmen.

einstimmig

0064 **07-V-51-0004**
Allgemeine Sozialverwaltung; Mehrkosten für Porto und Druckaufträge

Nach kurzer Diskussion beschließt der Ausschuss die Vorlage, erbittet aber einen Bericht darüber, wo und in welcher Höhe Einsparungen zu verzeichnen sind.

einstimmig

0065 **Verschiedenes**

Vors. Tollebeek erinnert an den Druckauftrag der Antikorruptionsunterlagen. Frau Schupp berichtet hierzu, dass sie den Druck mit den neuen Vorgaben zur Annahme von Belohnungen und Geschenken kombinieren möchte.

Sie wird dem Ausschuss unaufgefordert berichten.

einstimmig

Nicht öffentliche Beratung

0066 **07-A-19-0006**
Steuerung von Schulsanierungsmaßnahmen

Stadträtin Thies und Herr Fischer (Hochbauamt) sind zu diesem Punkt anwesend.

Herr Löber (Revisionsamt) stellt den Zwischenbericht (Prüfbericht) vor und teilt mit, dass bereits Mitte Februar 2007 Fragen an den Fachbereich gerichtet wurden, die bisher nicht beantwortet sind.

Stadträtin Thies weist darauf hin, dass die Projektleiterin länger erkrankt ist, auch die Vertreterin ist erkrankt und Herr Fischer hat versucht, sich kurzfristig in die Materie einzulesen, hat aber auch andere Projekte weiterhin zu betreuen.

Der Architekt hat zu dem Estrich, der herausgenommen werden musste, Stellung genommen. Er hatte seinerzeit versäumt, die Gewährleistung zu klären.

Ob hier Geld zurückgefordert werden kann, kann Herr Fischer z.Zt. nicht beantworten.

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 25.04.2007

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

St. Koch fragt nach, warum die Zuwendungen vom Kultusministerium nur in 2 Raten abgerufen wurden. Dadurch seien Zinsen i.H.v. 45.000 € entstanden, was sicher hätte vermieden werden können, wenn häufiger abgerufen worden wäre.

Herr Pohlenz (Schulamts) weist darauf hin, dass der Mittelabruf Angelegenheit des Schulamtes sei. Man würde die Mittel des Landes im letzten Quartal eines Jahres abrufen. Im vorliegenden Fall sei es allerdings anders gelaufen. Man hätte nach dem Zuwendungsbescheid eine andere Taktung wählen können. Er hält die Zinsen allerdings für fiktive Zahlen, was Herr Schäfer entschieden zurückweist.

Stv. Dr. Goßmann fragt erneut nach, ob Regressansprüche gegen die Firma und die Bauleitung geprüft wurden. Zu dem 1. Estrich fragt er außerdem nach, ob dieser Estrich überhaupt der Ausschreibung entsprochen habe. Wenn nicht, sei dies ein Mangel, den die ausführende Firma zu vertreten habe. Er möchte außerdem wissen, warum der Bauleiter nicht gemerkt hat, dass die Sache schlecht lief. Die Schule war mehr als 6 Monate hinsichtlich des Bezuges in Verzug geraten.

Stadtrat von Scheidt berichtet, dass ihm zunächst nicht bekannt war, dass es zu Verzögerungen gekommen ist. Das Schulamt benötigt für den Abruf von Zuwendungen größere Rechnungen, die unverzüglich nachgereicht werden.

Stv. Reiß möchte wissen, wie denn mit anderen Zuwendungsbescheiden umgegangen wird.

Herr Löber weist darauf hin, dass es zu jedem Zuwendungsbescheid Bestimmungen gäbe, die das Fachamt auswerten muss. Wenn es eine Zweimonatsfrist gibt, muss der Fachbereich dies überwachen.

Stv. Koch stellt klar, dass es nicht um einen Einzelfall gehe, sondern dass man generell den Umgang mit Zuwendungsbescheiden, den Abruf von Zuschüssen usw. klären müsse.

Auf Nachfrage bestätigt Herr Schäfer, dass es kein Controlling bei der Kämmerei für die Zuschussgewährung gibt.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt zusätzlich, dass dem Ausschuss der Abschlussbericht des Revisionsamtes vorzulegen ist.

Das Hochbauamt wird gebeten, einen detaillierten Bericht darüber vorzulegen,

- ob die Kosten der Erneuerung des Estrichs von der 1. Firma zurückgefordert wurden,
- ob der 1. und/oder der 2. Estrich der damaligen Ausschreibung entsprach,
- ob und wenn ja in welcher Höhe der Stadt Wiesbaden durch das Nicht-Abrufen der Zuschüsse ein Schaden entstanden ist und
- außerdem einen Bericht darüber, ob alle Zuschüsse seit 2002 für Schulbaumaßnahmen zeitger echt und zeitnah abgerufen wurden.

einstimmig

Seite 12 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 25.04.2007

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Anlagen

Wiesbaden, . Juni 2007

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

weitere Schriftführerin

Tollebeek

Koch

Koba